



## HAUSHALT

## Personalplanung im Vordergrund

**Für die Polizei steht bei den Beratungen zum Etat 2005/6 erneut die Personalkonzeption im Mittelpunkt. Strittig ist nach wie vor die Personalstärke. Ebenso gespannt darf man sein, wie die zweigeteilte Laufbahn fortgeführt und ein angemessenes Beförderungspaket auf den Weg gebracht wird. Für die Tarifbeschäftigten fordert die GdP bessere Berufsperspektiven.**

Die Vorarbeiten in den Ministerien für den kommenden Doppelhaushalt gehen in die Schlussphase. Für die Polizei hängt sehr viel davon ab, dass schon in der Vorlage des Innenministers für das Polizeikapitel 03 ausreichend Haushaltsmittel für die Umsetzung der wichtigen Vorhaben bereit stehen und die Stellenpläne entsprechend der Planung für Stärke und Struktur ausgestaltet sind. Aus Sicht der GdP sind folgende Forderungen zu erfüllen:

### Personalstärke

Der Personalstand muss dringend verbessert werden. Insbesondere in den Inspektionen und Kommissariaten fehlt Personal. 250 Neueinstellungen pro Jahr sind das Minimum. Zum Ausgleich des weiter steigenden Personalausfalls z. B. infolge Elternzeit oder Teilzeitbeschäftigung fordert die GdP sofortigen Personalerersatz aus einem zentralen Personalpool. Darüber hinaus tritt die GdP dafür ein, allen Polizeianwärterinnen und -anwärtern nach FH-Abschluss die Übernahme auf Planstellen zu garantieren. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist keine Lösung für die aufgestauten Personalprobleme: § 208 LBG muss revidiert werden.

### Zweigeteilte Laufbahn

Um die zweigeteilte Laufbahn bis 2008 abschließen zu können,

sind weitere Stellenübertragungen in den gehobenen Dienst erforderlich: 150 pro Jahr für die ASA-Absolventen, etwa 90 pro Jahr für den Bewährungsaufstieg und für den Erweiterten Bewährungsaufstieg zusätzlich Stellen gerechnet aus der Mindestquote von 20% des Bewerberpotenzials. Weiter sind in angemessener Zahl Stellen in den höheren Dienst zu übertragen.

### Beförderungen

Im Etatplan sollen aus Sicht der GdP in allen Besoldungsgruppen die Stellenplanobergrenzen ausgeschöpft werden. Das würde einen deutlich erweiterten Spielraum für Beförderungen bringen. Zumindest ist die Zahl der Stellenhebungen so auszumessen, dass Beförderungen über den Umfang von 2004 hinaus in den beiden nächsten Jahren möglich werden. Eine der GdP-Kernforderungen: Die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 sollen völlig entfallen. Im gehobenen Dienst geht es um mehr Beförderungen nach A 10 und A 11, die stärkere Öffnung von A 12 für Sachbearbeiter sowie Beförderungen in angemessener Zahl nach A 13 und im höheren Dienst.

### Tarifbeschäftigte

Die GdP fordert ein Angestelltenprogramm mit zusätzlichen Neueinstellungen z. B. in der Ver-

kehrsüberwachung oder der Technik. Für verschiedene Sachbearbeiterbereiche und vor allem die Schreibkräfte sind Angebote für eine verbesserte Bezahlung entsprechend der veränderten Tätigkeit zu machen. Die GdP tritt dafür ein, die vorhandenen Azubi-Stellen jeweils nach Ausbildungsabschluss neu zu besetzen; weitere Azubi-Stellen sollten im Verwaltungsbereich der Polizeipräsidien geschaffen werden.

### Technik und Ausstattung

Das Schutzwestenprogramm ist abzuschließen. Für die Einführung des Digitalfunks sind die Etatvoraussetzungen zu schaffen. Bei der Bekleidungswirtschaft reicht das gegenwärtige Budget nicht, weil die Lager leer sind und für die Ausstattung der zusätzlichen Polizeianwärterinnen und -anwärter mehr Etatmittel gebraucht werden. Der Bau weiterer Schießanlagen ist unumgänglich. Insgesamt muss das gute Niveau in Ausstattung und Technik gesichert bleiben.

TW

### GdP bei Innenminister Zuber

Beim nächsten Gespräch mit Innenminister Walter Zuber am 4. Oktober will die GdP folgenden Themen ansprechen:

Etat 2005/6 (Personal, Technik und Ausstattung)

Personalplanung Bereitschaftspolizei

Späterer Einstellungstermin für die Polizei

Optimierung der Organisation der Kriminalitätsbekämpfung

Einsatz privater Sicherheitsdienste bei den Kommunen

Je nach Aktualität kommen weitere Punkte dazu.

## AKTUELL IN DIESER AUSGABE

### HAUSHALT

Personalplanung im Vordergrund ...

Seite 1

### SICHERHEIT

Worms schickt private Wachleute auf Streife ...

Seite 2

### GdP VOR ORT

Besuch bei der PAST Heidesheim und der DHSt Mainz ...

Seite 5

### VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

Auflösung von Zollfahndungsämtern ...

Seite 6

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)

[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)



# Bedarfswirtschaft auf dem Prüfstand

Das Bild der „Kammer“ hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit liegt heute die Zuständigkeit für die Beschaffung zentral bei der Bereitschaftspolizei, so genannte webshops können von einer neuen Zeit. Nun aber wird mehr und mehr Kritik an der Bekleidungs-wirtschaft laut und die Forderungen nach der Einführung der Kontenwirtschaft werden lauter. Was hat diese Kritik ausgelöst und die Forderungen befähigt? Die Antwort ist einfach: Verlängerung von Tragezeiten, Kürzungen des Ausstattungssolls bis hin zu den jüngsten temporären Kürzungen im Bereich der Sportbekleidung und der Uniformhemden und -blusen. All die Verschlechterungen müssen zurückgeführt werden auf die unzureichende Finanzierung der bisherigen Ausstattung. Während die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in den letzten Jahren nicht im notwendigen Umfang angehoben wurden, stiegen die Beschaffungskosten. Die Kosten für die Ausstattung der erhöhten Neueinstellungen und Sonderausstattungen wie etwa die Bekleidung für die Fahrradstreifen mussten aus dem allgemeinen Topf finanziert werden. Nach außen hin konnte die finanzielle Schieflage durch den Abbau der Lagerbestände überdeckt werden, nun aber sind die Kammern leer und in einem leeren Laden kann man nichts kaufen, auch nicht wenn der Laden zwischenzeitlich Shop heißt und auch dann nicht, wenn man auf seinem Bekleidungskonto noch Geld hat. Will sagen: Ob Bedarfs- oder Kontenwirtschaft, ohne finanzielle Deckung funktionieren beide Systeme nicht. Wenn das Budget stimmt, funktionieren beide Arten der Bewirtschaftung. Es ist aber möglich, dass der eine oder der andere Weg mehr Akzeptanz bei den Verbrauchern findet und sich vielleicht insgesamt wirtschaftlicher darstellt und

dies soll nun in einer kritischen Bestandsaufnahme eine Kommission unter Leitung von Rei-

Hermann-Josef „Jöbi“ Barz

ner Hamm herausfinden. Früher, beide Systeme existieren jahrzehntelang friedlich nebeneinander in den Bundesländern. Wie im richtigen Leben gibt es in den verschiedenen Ländern Kritiker und Befürworter der jeweiligen Regelung.

Vielleicht gelingt es der Kommission die positiven Aspekte aus den beiden Systemen zusammenzuführen. Eine Grundausstattung nach den Regeln der Bedarfswirtschaft und ein „Kleiderkonto“ zur Selbstbestimmung über Hemden, Hosen und Socken oder was auch immer. Mit Blick auf das nebenstehende Interview wage ich allerdings die Behauptung, das ein solches Konto immer ein fiktives bleiben wird, die Umwandlung in richtige Knete zum Jahresende wird nicht geschehen. Wir sollten die Ergebnisse der Kommission und der Mitarbeiterbeteiligung abwarten. Schon jetzt aber heißt die Forderung der GdP: Deutliche Anhebung des Bekleidungsbudgets zur Sicherung einer vernünftigen Ausstattung für die Schutz- und Kriminalpolizei. Hinweise auf eine Erhöhung der Haushaltsmittel im Jahr 2006 helfen an dieser Stelle überhaupt nicht, Funktionalität und Sicherheit sind jeden Tag und rund um die Uhr gefragt, nicht nur während einer Fußball-WM.

JB

# Kleiderkonto als Lösung?

Die GdP sprach mit dem Kollegen Dirk Theilen von der PI Straßenshaus, der vor vier Jahren von der hessischen Polizei nach Rheinland-Pfalz versetzt wurde, über Vor- und Nachteile eines Kleiderkontos.

GdP: Dirk, welche Erfahrungen hast Du mit dem Kleiderkonto?

Theilen: Sehr gute, die hessischen Kollegen haben, nachdem die Grundausstattung vorhanden ist, 200 /Jahr zur Verfügung, die sie für Kleidungsstücke ausgeben können, die sie wirklich brauchen.

GdP: Heißt das, dass Du in RP Sachen empfangst, die Du nicht brauchst?

Theilen: Ich überzeichne ein wenig: Das, was die Kollegen brauchen könnten, steht ihnen zur Zeit nicht zu. Das, was ihnen zusteht, ist im Moment nicht da. Mit dieser Erfahrung kommen die Leute von der Kleiderkammer zurück. Und das führt bei Vielen dazu, dass sie einfach alles mitnehmen, was sie kriegen können.

GdP: Also ist der Mangel das Problem? Nicht die Bedarfswirtschaft?

Theilen: Zum Teil richtig. Mangel beheben und Kleiderkonto einführen. Das wäre mein Vorschlag. Mit zwei Hemden und einem Paar Socken auszukommen ist schlicht nicht möglich. Jetzt wurde ein Kollege versetzt, der eine Grundausstattung erhielt. Eine Lederjacke war nicht dabei. Ich frage mich, was der in der Übergangszeit anziehen soll.

GdP: Welchen Vorteil hätte denn ein Kleiderkonto?

Theilen: Es würde nicht am Bedarf vorbei eingekauft. Mit Krawatten könnten die Kollegen sich aus einem Hochhaus abseilen.

GdP: Würde das „eure Erscheinungsbild“ nicht unter der Kontenwirtschaft leiden?

Theilen: Es mag Leute geben, bei denen der Chef vielleicht

etwas genauer hinsehen muss. Ich denke, das Erscheinungsbild leidet mehr unter dem heutigen Mangel oder an Jeans mit vier verschiedenen Farbtönen; wie gesagt: Zwei Hemden, eine Jacke und ein Paar Socken, alles mit erheblichen Laufzeiten. Manchmal traut man auch seinen Augen nicht. Da wird die „Russenmütze“ abgeschafft und es gibt Rollstrickmützen, die dann aber nur zum Einsatzanzug getragen werden dürfen. Ja, was sollen wir denn auf dem Westerwald im Winter bei der Unfallaufnahme anziehen, frage ich mich. Die Kontenwirtschaft könnte da auch mit einem breiteren aufgabenspezifischeren Angebot hinterlegt werden.

GdP: Entscheidend ist aber doch, wie viel Geld der Dienstherr zur Verfügung stellt?

Theilen: O. K., das Gesamtbudget muss stimmen und die Summe, die auf dem Konto zur Verfügung steht auch. Aber die Kontenwirtschaft würde an zwei Stellen Anreize zum Sparen setzen. Beim Einkauf einer differenzierteren Kollektion und durch das persönliche Konto, dessen unverbraucher Rest natürlich den Kollegen zusteht.

BB

Anzeige

## Neues Auto?

Günstige Konditionen beim

Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 9 60 09 31

# Glückwunsch

Welch ein Leben, Welch eine Freude: Ludwig Traub (Südlich) und Heinz Blatt (Nordlich) kommen aus zwei ganz unterschied-

Diese Generation hat Leid erlebt, das uns Jüngeren erspart blieb. Weltkrieg, Zerstörung und Wiederaufbau prägten beide.

**Ludwig Traub**  
Polizist von September 1953 bis August 1994, zuletzt Inspekteur der Polizei. Gewerkschaftsmitglied seit 1969, langjährig im Personalrat und in Fachgremien der Gewerkschaft tätig.  
GdP-Ehrenmitglied seit 1994

**Heinz Blatt**  
Polizist von Januar 1957 bis September 1994, zuletzt Lehrbeauftragter für ...D an der FH der Polizei. In Gewerkschaftsfunktionen engagiert seit 1959; heute Bundes- und Landesvorsitzender der Senioren der GdP. In Personalräten von 1960 bis 1994 tätig. Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande.

lichen Regionen von Rheinland-Pfalz. Der eine erblickte in Landstuhl, der andere in Vallendar das Licht der Welt. Beide zu einer Zeit, als noch niemand an das Land Rheinland-Pfalz dachte.

Mag sein, dass daher ihre Gewissheit rührt, dass es uns heute unvergleichbar gut geht. Der Wille und die Kraft, Neues zu schaffen und Probleme anzugehen sind beiden gemeinsam.

Obwohl der dienstliche Weg unterschiedlicher nicht hätte sein können (Traub durchlief die Laufbahnen bis zum Inspekteur der Polizei; Blatt widmete sich der Personalratsarbeit und der GdP), haben beide eine wichtige historische Wahrheit nicht nur verinnerlicht, sondern uns allen vorgelebt. Beide sind überzeugte Gewerkschafter. Nichts kommt von selbst. Und nichts bleibt, wie es ist. Demokratie und Fortschritt brauchen Menschen, die sich für andere einsetzen. Beiden wohnt ein tiefes Gefühl für die Bedeutung der Demokratie, der Wirtschaftsdemokratie und der Mitbestimmung inne. Beide sind Mitglieder der zweigeteilten Laufbahn.

Diese beiden Leben zeigen, dass man für die Bürger und das Wohl der Mitarbeiter arbeiten kann, auch wenn man in völlig unterschiedlichen Funktionen arbeitet.

Lieber Ludwig Traub, lieber Heinz Blatt, vielen Dank für eure engagierte Arbeit!

Herzlichen Glückwunsch zum siebzigsten Geburtstag!  
Ernst Scharbach

## KURZ & KNACKIG

### Steuerklasse II

Alleinerziehende, zu deren Haushalt mindestens ein Kind gehört, für das sie Kindergeld erhalten, können weiter in Steuerklasse II eingestuft werden. Die günstigere Steuerklasse gilt nicht mehr für Alleinerziehende in eheähnlicher Gemeinschaft, eingetragener Lebenspartnerschaft oder bei Haushaltsgemeinschaft mit einer anderen volljährigen Person. Änderungen der Lohnsteuerkarte nehmen die Gemeinden vor.

### Schutzwesten

Die neuen Schutzwesten müssen nachgerüstet oder ausgetauscht werden. Bei weiteren Schusserprobungen in Bayern zeigten sich Sicherheitsmängel. Beim Beschuss aus einer Maschinenpistole könnte bei älteren Westen der Schusschutz versagen. Das ISM fordert vom Hersteller die Beseitigung der Qualitätsmängel.

### Dynnes Signal

Den Sondersignalanlagen in PKW-Fu fehlt es an Leistung. Im Einsatzfall kommt es häufiger zu Problemen, weil andere Verkehrsteilnehmer das Martinshorn kaum hören. Die GdP fordert die Umrüstung der Dienstfahrzeuge auf Anlagen mit leistungsstarken Starktonhörnern.

## IN EIGENER SACHE

# GdP-Beitrag günstiger

Mitglieder der GdP können Rechtsschutz in beruflichen Angelegenheiten in Anspruch nehmen, haben Schutz bei Regressforderungen oder finanzielle Hilfe in Unfall- und Todesfällen. Voraussetzung: Es wird der satzungsgemäße Mitgliedsbeitrag bezahlt. Das geht in vielen Fällen auch mit günstigeren Sätzen, so ermäßigt sich beispielsweise bei reduzierter Arbeitszeit der Beitrag. Wichtig ist, dass unser GdP-Büro in Mainz rechtzeitig von Änderungen informiert wird.

Nachstehend informieren wir über die wichtigsten Fälle der Beitragsanpassung:

Ruhestand, Rente, Vorruhestand und Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente

Bei Eintritt in den Ruhestand

wird der GdP-Beitrag auf 70% der ursprünglichen Beitragsgruppe reduziert. Ähnliche Anpassungen erfolgen bei temporären Renten.

Altersteilzeit

Bei Beginn der Altersteilzeit,

also sowohl in der Anspannungs- als auch in der Freistellungsphase, wird der Beitrag reduziert. Daher ist es wichtig, sowohl den Umstand als auch die Laufzeit der Altersteilzeit der GdP mitzuteilen.

Teilzeit

Die Beschäftigung in Teilzeit führt zur Beitragsreduzierung im prozentualen Verhältnis zur Vollbeschäftigung. Wer wieder in Vollbeschäftigung geht, muss diese Änderung ebenfalls melden.

Elternzeit

Während der Elternzeit werden die Kolleginnen und Kollegen niedriger eingestuft. Wird während der Elternzeit Teilzeit gearbeitet, so wird der Beitrag im Verhältnis zur Vollbeschäftigung angepasst.

Beförderungen, Ernen-

nungen, Höhergruppierungen, Bewährungsaufstieg, Wegfall z. A. nach bestandener Ausbildung

Für die Sicherung der Leistungen aus dem GdP-Beitrag und selbstverständlich im Sinne von Beitragsgerechtigkeit ist es notwendig, diese Personalmaßnahmen der GdP mitzuteilen. Die Beitragserhöhung erfolgt analog der Praxis bei Besoldungserhöhungen immer im nächstfolgenden Quartal.

Sterbefälle

Die Sterbefälle sind mit einem Abdruck der Sterbeurkunde mitzuteilen, damit das Sterbegeld (410,- €) ausgezahlt werden kann. Die Leistung erfolgt sowohl beim Tod des Mitgliedes wie auch seines Ehepartners. HWG

GdP VOR ORT

# Im Report: PAST Heidesheim und Diensthundestaffel Mainz

## PAST Heidesheim

„Wir sind schon lange keine reine Verkehrs-Polizei mehr. Unser Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf alle normalen polizeilichen Tätigkeiten.“ Berichtete der Leiter der Polizeiabteilung Heidesheim Rolf Gäßler den GdP-Ölern Horst Vinhoven, Heinz Werner Gabler und Ernst Scharbach. Gemeinsam mit der PAST Gau-Bickelheim und VD 1 wurde eine AG Bundesautobahn gebildet, die sehr erfolgreich Kontrollen auf der Autobahn und auf den Rastplätzen durchführt. Gäßler: „Der Zielvereinbarungsprozess ist für uns noch relatives Neuland, aber ich bin mit den ersten Ergebnissen sehr zufrieden.“ Sofern man mit der Software OPCO (operatives Controlling) richtig umgehe, sei die Darstellung der Zielerreichung

rechterhalten werden kann.“ Zur Erkundung der jeweils anderen Aufgabenstellungen bemüht sich die PAST um zeitlich begrenzten Austausch von BeamtenInnen mit den umliegenden Inspektionen. „Dies fördert eindeutig die Fachkompetenz und das gegenseitige Miteinander!“, meinte Koll. Gäßler.

## Diensthundestaffel Mainz

Die besonderen Anforderungen an die Dienstfahrzeuge erörterten die Personalräte Vinhoven, Gabler und Scharbach mit den Kollegen der DHSt in Mainz. „Die Fahrzeuge müssen die unterschiedlichsten Anforderungen erfüllen.“ erläuterte Koll. Olaf Hirsch. „Der Leichensuchhund muss oft in unwegsames Gelände, Rauschgiftsuchhunde werden meist von Kollegen der Kripo angefordert und die legen höchsten Wert auf zivile

Über das breite Einsatzspektrum der Diensthundestaffel: „Seit Beginn des Jahres 2004 wurden bereits über 300 Sucheinsätze nach BTM absolviert. Der Leichensuchhund war schon über 40-mal im Einsatz. Und die erfolgreiche Absuche nach Brandbeschleunigern versetzt sogar altgediente Kripo-Mitarbeiter in Erstaunen.“

„Auf dem Land würden die DHF sehr viel stärker als Unterstützung im Schichtbetrieb eingesetzt, während in der Stadt Sucheinsätze deutlich überwiegen. Es werde von vielen Kollegen bezweifelt, ob die Ausschreibung eines einheitlichen Fahrzeuges für alle wirklich sinnvoll sei.“

ES

Die zum Teil sehr unterschiedlichen Anforderungen an die Dienstfahrzeuge erklärten sich aus den Einsatzschwerpunkten, die im Land recht unter-

Ernst Scharbach (li.) und Horst Vinhoven (2. v. re.) bei den Kollegen der PAST Heidesheim . . .

sehr hilfreich. „Es darf halt nicht dazu führen, dass nur die Zahlen verglichen werden.“ Zufrieden mit ihrer Tätigkeit auf der PAST äußerten sich die Koll. Wolfgang Rumpf, Markus Brugger und Helgo Schaser. „Wir könnten aber mehr Personal gebrauchen. In der Urlaubszeit fallen viele Schichtbetriebe in der Mindestbesetzung auf-

Fahrzeuge.“ Koll. Siggie Scholz: „Nach der Absuche an einer Brandstelle stinkt nicht nur die ganze Schutzbekleidung nach beißendem Rauch, sondern auch mein Hund Kimba hat den durchdringenden Geruch in seinem Fell hingewirkt. Im Fahrzeug muss genug Platz für die Utensilien sein und sie müssen nach außen entlüftet werden können.“ Koll. Heiner Fickinger berichtete

. . . und bei den Kollegen der DHSt

## TERMINE

7. 10. 2004	Bezirkskonferenz BG Bepo und Bepo-Forum „AWM 2006“
3. ÷ 5. 11. 2004	Personalratsschulung „Arbeitszeit“
9. 11. 2004	Bezirkskonferenz BG Trier
10. 11. 2004	Bezirkskonferenz BG Koblenz „Zukunft öffentl. Dienst“
11. 11. 2004	Bezirkskonferenz BG Westpfalz
18. 11. 2004	Bezirkskonferenz BG Mainz
2. 12. 2004	Bezirkskonferenz BG Rheinpfalz



# Zollfahndung

Die Auflösung der Zollfahndungsämter steht in der Kritik der ...ffentlichkeit.

Auch die Staatsanwaltschaft kritisiert die Auflösung der Zollfahndungsämter. Dieser Kritik schließt sich die GdP an. Ein Kommentar vom Vorsitzenden der Bezirksgruppe Trier, Josef Schumacher:

In der Tat stellt sich die Frage, ob die damalige Reform sich nicht ausschließlich an der Sanierung maroder Haushalte orientierte. Jeder Fachmann wusste es damals schon, dass das Zollfahndungsamt in Trier und Koblenz vom Standort her hervorragend platziert war. Die Nähe zu den zuständigen Partnern bei der Polizei, Staatsanwaltschaft und den Gerichten forderten geradezu einen solchen Standort heraus. Nicht zuletzt natürlich auch deshalb, da das Zollfahndungsamt in Trier auch von der geographischen Lage her genau richtig angesiedelt war. Gerade weil die Kolleginnen und Kollegen an einer von zwei Haupttransitstrecken (Steinebrück/A 60/B 51 mit ihren Nebenstrecken; 2.

Strecke: A 61 in Richtung Süddeutschland) des Drogenschmuggels aus den benachbarten Niederlanden ihrer Aufgabe nachgehen, mutet es schon als grotesk an, dass der Rückzug aus der Fläche, die Schließung des Zollfahndungsamtes Koblenz und deren Zweigstelle in Trier sowie die Verlagerung der Zuständigkeiten nach Frankfurt (Schwerpunkt OK Delikte), mit den Außenstellen Kaiserslautern-Einsiedlerhof und Kassel, eine Verbesserung der Bekämpfung der Drogenkriminalität herbeiführen sollte. Bedauerlich aus unserer Sicht ist nun, dass durch die Reform der Zollfahndung letztendlich auch die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in den zuständigen Kommissariaten oder auch beim Zollfahndungsamt selbst in Mitleidenschaft gezogen wird. Durch die Zentralisierung der Zollfahndung (in unserem Bereich zuständig Frankfurt am Main) wird die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Zoll und Polizei im Grunde stark beeinträchtigt. Gemeinsame Besprechungen und eine weitergehende enge Zusammenarbeit

(beispielsweise in gemeinsamen AGOs) werden fast unmöglich gemacht bzw. stark beeinträchtigt, da nunmehr die Ansprechpartner entfernungsmäßig weit auseinander sitzen. Die personell dünn besetzten mobilen Fahndungstrupps können nicht mehr kurzfristig ihre alte Dienststelle in Trier anlaufen, sondern müssen

(in der Regel größere Deliktsbereiche wie OK usw.) erledigt werden soll und welche an die örtlichen Polizeidienststellen (beispielsweise KI Wittlich/K 3) abgegeben werden. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Drogenbekämpfung in Wittlich werden nunmehr alleingelassen, da sie nicht mehr auf ihre Partner bei der Zollfahndung zurückgreifen können und schwimmen in Arbeit und dies bei der derzeitigen Personalsituation, die mittlerweile ebenfalls in der ...ffentlichkeit diskutiert und kritisiert wird. Es ist jetzt schon abzusehen, dass es in Zukunft wieder ein Ansteigen im Bereich der Drogenkriminalität (Beschaffungsfahrten und -kriminalität) geben wird, da die Reform der Zollfahndung zumindest in unserem Bereich einer Zerschlagung einer äußerst erfolgreichen Drogenbekämpfung gleich kommt. Diese sogenannte Holzkriminalität lässt sich nicht durch Rückzug aus der Fläche bekämpfen. Wir fordern deshalb zur erfolgreichen Bekämpfung der Drogenkriminalität, die Rückkehr zum vorherigen Status und die Wiedereinrichtung von Zolldienststellen in Koblenz und Trier mit einer entsprechend ausreichenden Mitarbeiterzahl. JS

Josef Schumacher

bei Festnahmen auf die zuständigen Sachbearbeiter aus Frankfurt oder Kaiserslautern warten. Dabei weiß jedermann wie wichtig es ist, unmittelbar nach Festnahme einen Verfolgungsdruck aufzubauen, der zu weiteren Ermittlungserfolgen führen kann und in der Regel auch führt. Allein die Dienststelle in Frankfurt entscheidet nun, welche Arbeit vom Zollfahndungsamt

## KRIMINALITÄT

# Hohes Dunkelfeld bei OK

Die Pressekonferenz von JM Mertin zur OK-Lage im Land ließ nur erahnen, wie sich dieses Phänomen wirklich im Land darstellt und wie viel Arbeit bei Polizei und Staatsanwaltschaften hinter den geringen Zahlen an Verfahrenskomplexen (16 im Jahre 2003) und Verurteilungen (7 in 2003) verbirgt. Keine Ahnung erhalten Zeitung lesende Menschen davon, wie vielen Verdachtsfällen von organisierter Erpressung mangels Rechtsgrundlage und/oder Personal nicht erfolgreich nachgegangen werden kann. Wie viele Verfahren könnten Jahr für Jahr

Bernd Becker fordert Personal

entstehen, wenn nicht in Absprache mit der StA auf Vorfelder-mittlungen oder Ermittlungen zur Anhebung des Verdachtspegels verzichtet würde? Das Thema OK hinterlässt regelmäßig viele Fragen. Stellv. GdP-Vorsitzender Becker nach der Pressekonferenz im JM gegenüber interessierten Journalisten: Rheinland-Pfalz ist sicher keiner unmittelbar staatsgefährdenden OK ausgesetzt und trotzdem kommt den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen das Dunkelfeld wie ein Fass ohne Boden vor. Es ist letztlich eine politische Entscheidung, wie hell

das Dunkelfeld werden soll und eine Frage des Personals. BB

Anzeige

**Urlaubsreif?**  
Günstiger verreisen mit PSW-Reisen  
Rheinland-Pfalz GmbH  
01801 PSW Reisen\*  
oder  
0 61 31 9 60 09 23  
\*zum Ortstarif

# Neu in unserem Fahrzeugprogramm:

und

## N1e)z&>WS!D(DWS)S&m)DN

P)K)6WS|&@\$]\*]&C&T\$@ @TC\*]  
8S()zS)(|&888je}8Czej!)  
.C@ \_DK|&e}8Czek:!eCWSKDS)j!)

# Polizistinnen und Polizisten vereidigt

In Bad Marienberg vereidigte Innenminister Walter Zuber die neuen Polizeianwärterinnen und -anwärter. Die 281 Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Mai 2004 ihre Ausbildung an der Fachhochschule der Polizei aufgenommen. Mehr als die Hälfte von ihnen ist inzwischen Mitglied der Gewerkschaft der Polizei geworden.

# Neuwahlen

Bei der Mitgliederversammlung am 26. August 2004 wurde der neue Vorstand der KG Bepo Schifferstadt gewählt: Michael Schimeno, stellv. Kassierer, Achim Recktenwald, stellv. Vorsitzender, Tina Schaar, stellv. Vorsitzende, Julia Hahn, Beisitzerin Frauen, Alfried Cuidon, Vorsitzender, Kirsten Kaffitz, Beisitzer ESB, Theo Mai, Beisitzer Zivilpersonal (von links nach rechts)

Nicht auf dem Bild sind: Volker Schwarz, Jochen Weis, Rdiger

Billmayer, Heinz Kloos, Marco Lesch, Mustafa Aksoy, Erika Pfaff, Leo Schuh und Stefan Mohr.

## Ehrungen

Für 25-jährige treue Mitgliedschaft in der GdP wurden die Kollegen Alfried Cuidon, Heinz Kloos und Volker Schwarz von Helmut Knerr, stellv. Landesvorsitzender, geehrt. Für Ihre Treue zur GdP recht herzlichen Dank.

Anzeige

Sie haben Fragen zur Versorgungsnderung für Beamte und Tarifbeschäftigte oder zu Versicherungen?

Wir haben jeden **Dienstag**  
von 10.00 bis 13.00 Uhr

unsere Hotline für Sie geschaltet.

Rufen Sie einfach an:  
**Tel: 0 61 31/960 09 50**

Der neue Vorstand der KG BePo Schifferstadt

## WIR TRAUERN UM

Horst Hauser, PD Wittlich, 52 Jahre  
Roland Hill, PP Mainz, 46 Jahre  
Rosa Spahl, PP Koblenz, 79 Jahre  
Ulrike Steinmetz, 44 Jahre  
Ehefrau von Koll. Uwe Steinmetz, Polizeischule  
Karl-Heinz Strubel, PD Neustadt, 73 Jahre  
Norbert Bielert, PD Trier, 67 Jahre  
Hans Habscheid, PD Trier, 90 Jahre  
Hans Reichardt, PD Trier, 85 Jahre  
Peter Wagner, PP Koblenz, 90 Jahre  
Alfred Gerlach, Vorderpfalz, 84 Jahre  
Karin Schmitt, 43 Jahre  
Ehefrau von Koll. Bernd Schmitt, PD Kaiserslautern  
Ernst Bauer, PD Worms, 91 Jahre  
Rudolf Günter, Ww/Rhein-Lahn, 76 Jahre  
Johann Lurz, Ww/Rhein-Lahn, 90 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Kurt Christmann, Bepo Enkenbach-Alsenborn  
Wigand Grote, Südpfalz  
Erich Honecker, PD Kaiserslautern  
Hans-Jürgen Koch, PP Mainz  
Jürgen Schwenk, PP Mainz  
Ingrid Steinbichler, PP Koblenz